

**KOM** Klimaneutral, wirtschaftsstark und lebenswert - unsere Kommune von morgen

Gremium: Landesvorstand  
 Beschlussdatum: 15.09.2023  
 Tagesordnungspunkt: KOM Kommunalpolitischer Leitantrag

## 1. Auf unsere Kommunen kommt es an - Für einen Aufbruch in eine klimaneutrale und klimaangepasste Zukunft

Was Baden-Württemberg zu unserem Zuhause macht, das sind unsere Städte und Gemeinden – Sie stiften Gemeinschaft und Identität, sichern unsere Daseinsvorsorge und gestalten unseren Arbeits- und Lebensalltag, die Bildung unserer Kinder und das Miteinander der Generationen. Auch unsere zentralen Zukunftsherausforderungen, vom demographischen Wandel bis hin zur Klimakatastrophe, werden vor Ort in den Kommunen gemeistert. Grüne in Landes- und Bundesregierung setzen zwar den Rahmen für eine ökologische und zukunftsfähige Politik, die tatsächliche Umsetzung findet jedoch auf kommunaler Ebene statt. Die Grün-geführte Landesregierung in Baden-Württemberg hat sich seit 2011 ambitionierte Klimaschutzziele gesetzt. Baden-Württemberg soll bis 2040 klimaneutral sein. Damit unser Land diesem Anspruch einer Vorreiterrolle im Klimaschutz gerecht wird, sind auch die Kommunen mit ihren umfangreichen Gestaltungsspielräumen gefordert. Die Kommunen und Landkreise können einen signifikanten Beitrag zur Einsparung von klimaschädlichen Treibhausgasen und damit zum Erhalt einer lebenswerten Welt für nachfolgende Generationen leisten: durch die Bereitstellung und den Ausbau von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energiequellen, durch ein attraktives Angebot im öffentlichen Nahverkehr und durch gute und sichere Rad- und Fußwegeverbindungen sowie durch Beratungs- und Unterstützungsangebote zur energetischen Gebäudesanierung. **Auf kommunaler Ebene wird Klimaschutz konkret!**

Die Folgen des Klimawandels spüren wir zunehmend auch in Baden-Württemberg. Hitzewellen und Trockenperioden nehmen zu, ebenso Unwetter mit Starkregen und Überschwemmungen. Damit gehen gravierende Veränderungen des Natur- und Wasserhaushalts einher, es kommt zu einer Verschiebung von Vegetationsperioden und der Artenzusammensetzung in Lebensräumen. Ebenso verändern sich die Lebensbedingungen für uns Menschen. Die Kommunalpolitik steht deshalb gleich vor zwei großen Aufgaben: Neben dem entschlossenen Kampf gegen den Klimawandel muss sie auch die Anpassung an die sich verändernden klimatischen Bedingungen beherrschen. Denn nur durch Maßnahmen wie die Entsiegelung von Flächen, den Schutz vor den Auswirkungen von Extremwetterereignissen und die Bekämpfung von Wasserverschwendung werden wir auch in Zeiten der Klimakrise in unseren Städten und Gemeinden weiterhin eine hohe Lebens- und Aufenthaltsqualität erhalten können. **Ob Großstadt oder kleiner Ort auf dem Land – die Kommune der Zukunft ist klimaneutral und für die Folgen des Klimawandels gerüstet!**

Die Umsetzung von Klimaschutz und Klimaanpassung ist nicht nur mit Herausforderungen für unsere Kommunen verbunden, hier liegen auch viele Chancen. Die Kommune von morgen bewahrt nicht nur unsere natürlichen Lebensgrundlagen und

42 minimiert die dramatischen Konsequenzen des Klimawandels für ihre Bürger\*innen:  
43 Die Verfügbarkeit von Strom aus erneuerbaren Energiequellen unterstützt auch die  
44 regionale Wirtschaft und entlastet den Geldbeutel unserer Bürger\*innen.  
45 Klimafreundliche und vernetzte Mobilitätskonzepte erleichtern den Menschen den  
46 Alltag. Davon profitiert nicht zuletzt auch der örtliche Handel. Gute  
47 Erreichbarkeit, begrünte und entsiegelte Flächen eröffnen neue  
48 Freizeitmöglichkeiten und machen Kommunen zu Wohlfühlorten für alle Menschen.  
49 **Die grüne Kommune der Zukunft bringt Menschen zusammen, bietet hervorragende**  
50 **Standortfaktoren für die Wirtschaft und attraktive Arbeitsplätze für ihre**  
51 **Bürger\*innen!**

52 Ein echter Aufbruch in eine klimaneutrale und klimaangepasste Zukunft ist ein  
53 gesamtgesellschaftlicher Kraftakt. Eine Politik, die unser Klima schützt, bringt  
54 Veränderungen und Herausforderungen für jede\*n einzelne\*n Bürger\*in mit sich.  
55 **Keine andere politische Ebene ist so nah und greifbar für die Bürger\*innen wie**  
56 **die kommunale Ebene. Die Menschen mitzunehmen, sie zu überzeugen und Teil eines**  
57 **gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozesses werden zu lassen, wird deshalb**  
58 **nirgendwo besser gelingen als vor Ort in den Städten und Gemeinden.** Dieses  
59 Potential wollen wir nutzen, um die notwendigen Veränderungen, gemeinsam mit den  
60 Bürgerinnen und Bürgern, zu gestalten.

61 **Wir Grüne wollen, dass unsere Vision einer klimafreundlichen, klimaangepassten**  
62 **und lebenswerten Kommune in Baden-Württemberg flächendeckend Wirklichkeit wird –**  
63 **das packen wir auf allen Ebenen an. In Bund und Land arbeiten wir weiter an**  
64 **politischen Rahmenbedingungen, die eine konsequente Umsetzung von Klimaschutz**  
65 **auf kommunaler Ebene ermöglichen.** Durch die Entschlackung von  
66 Genehmigungsprozessen, durch eine konsequente Aufgabenüberprüfung und durch den  
67 Abbau verzichtbarer Regelungen reduzieren wir die Belastungen für Verwaltung,  
68 Bürger\*innen und Unternehmen. So setzen wir auf kommunaler Ebene alle Kräfte für  
69 die Bewältigung unserer gemeinsamen Zukunftsaufgaben, den Klimaschutz und die  
70 Klimawandelanpassung in Bewegung. Die bedarfsgerechte finanzielle Unterstützung  
71 unserer Kommunen bei den gewachsenen Aufgaben des Klimaschutzes und der  
72 Klimaanpassung ist dafür zwingende Voraussetzung. Wir sehen Klimaschutz und  
73 Klimaanpassung als zentrale Gemeinschaftsaufgaben an. Sie müssen von allen  
74 politischen Ebenen als Pflicht aufgegriffen und schnellstmöglich umgesetzt  
75 werden.

76 Erfolgreicher Klimaschutz als auch erfolgreiche Klimaanpassung entscheidet sich  
77 letztendlich vor Ort. Nach den starken Mandatzugewinnen bei den Kommunalwahlen  
78 2019 arbeiten wir Grüne in den Gemeinderäten und Kreistagen, in der Verwaltung,  
79 den Regionalparlamenten und Ortschaftsräten und an den Rathausspitzen mit großem  
80 Engagement an der Umsetzung wirksamer Klimaschutz- und  
81 Klimawandelanpassungsmaßnahmen. Die Erfolge unserer Arbeit sind sichtbar:  
82 Bereits heute zeigen viele Kommunen in Baden-Württemberg, was in Sachen  
83 Klimaschutz und Klimaanpassung alles möglich ist und dienen damit als wichtige  
84 Vorbilder. Für uns ist klar: **Um heute die Voraussetzungen für die klimaneutrale**  
85 **und klimaangepasste Kommune von morgen in ganz Baden-Württemberg schaffen,**  
86 **braucht es starke Grüne auf kommunaler Ebene.**

## 87 2. Klimaschutz in der grünen Kommune von (und 88 für) morgen 89

90 Wir wollen Baden-Württemberg zum Klimaschutzland Nummer eins machen. Dieses  
91 ambitionierte Ziel haben wir mit den Grün-geführten Landesregierungen in den  
92 vergangenen Jahren bereits mit Leben gefüllt. So haben wir das Klimaschutz-  
93 Sofortprogramm aus dem Koalitionsvertrag bereits umgesetzt – von der Einführung  
94 eines CO<sub>2</sub>-Schattenpreises, über die Vergabeoffensive zur Vermarktung von  
95 Staatswaldflächen für die Windkraft, bis hin zur Einrichtung eines Klima-  
96 Sachverständigenrats. Mit der Task Force zur Beschleunigung des Ausbaus der  
97 Erneuerbaren Energien haben wir die Dauer der Genehmigungsverfahren halbiert und  
98 die Flächenkulisse für Wind und Freiflächen-Photovoltaik massiv erweitert. Mit  
99 unserem Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz sind wir bundesweit  
100 Vorreiter. So haben wir als erstes Bundesland die verpflichtende kommunale  
101 Wärmeplanung eingeführt, Förderprogramme einem Klimavorbehalt unterzogen und  
102 eine umfassende Photovoltaik-Pflicht für neue Gebäude und Parkplätze gesetzlich  
103 verankert.

104 Das Land ist auch beim Klimaschutz ein starker Partner für unsere Kommunen. Das  
105 Grün-geführte Umweltministerium hat daher den Klimaschutzpakt zwischen Land und  
106 den kommunalen Landesverbänden zum vierten Mal fortgeschrieben und mit weiteren  
107 finanziellen Mitteln verstärkt, um der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen auf  
108 kommunaler Ebene eine Grundlage zu bieten – beispielsweise mit der Förderung von  
109 Personalstellen für die klimaneutrale Kommunalverwaltung. Ebenso hat die Grün-  
110 geführte Landesregierung in Baden-Württemberg die regionalen Energieagenturen  
111 finanziell gestärkt, damit diese die Kommunen, die Wirtschaft, aber auch  
112 Bürger\*innen in Sachen Energie- und Wärmewende beraten können. Mit der Änderung  
113 des Klimaschutzgesetzes wurden auch Koordinator\*innen für Mobilität und  
114 Klimaschutz gesetzlich verankert. Die kreisweite Informationsstelle dient den  
115 Kommunen zur Vernetzung und zur Bündelung von Informationen, um die  
116 Mobilitätswende vor Ort umsetzen zu können.

### 117 ***Kommunale Wärmewende voranbringen***

118 Die Wärmewende findet vor Ort statt und ist entscheidend, um die Klimaziele zu  
119 erreichen. Die Kommunen haben damit eine Schlüsselrolle bei der klimaneutralen  
120 Wärmeversorgung. Mit dem Klimaschutzgesetz haben wir die kommunale Wärmeplanung  
121 in Baden-Württemberg auf den Weg gebracht und sind damit bundesweit Vorreiter:  
122 Die Stadtkreise und großen Kreisstädte sind verpflichtet, bis Ende 2023 eine  
123 kommunale Wärmeplanung vorzulegen. Kleinere Kommunen werden dabei unterstützt,  
124 eine kommunale Wärmeplanung zu erstellen. Diese Pionierarbeit vieler Kommunen  
125 soll sich lohnen. Wir setzen uns ein für attraktive Förderbedingungen zur  
126 schnellen und frühzeitigen Umsetzung der Wärmeplanung. Schnelle Geschwindigkeit  
127 bei der Umsetzung der Wärmeplanung soll mit einem Geschwindigkeitsbonus belohnt  
128 werden, denn der Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeerzeugung muss  
129 schneller steigen als bisher. Gleichzeitig muss die Sanierungsquote im  
130 Gebäudebestand erhöht werden. Neu gedämmte und isolierte Gebäude verbessern den  
131 Wohnkomfort und verbrauchen weniger Wärme. Die Wärmewende steht unter dem Motto  
132 "Efficiency First". Dabei ist klar, die Wärmewende gelingt nur technologieoffen.  
133 Der Bund muss Länder und Kommunen finanziell bei der schnellen Umsetzung  
134 unterstützen. Bundes- und Landesgesetze können dabei einen Rahmen vorgeben, doch  
135 vor Ort finden wir die jeweils beste und passende Lösung.

136 Wärmenetze sind gerade in Ballungsräumen eine wichtige Infrastruktur für eine  
137 klimaneutrale Wärmeversorgung. Wir wollen für einen schnellen und  
138 unkomplizierten Ausbau der Wärmenetze in den Kommunen die Planungs- und  
139 Genehmigungszeiten beschleunigen und die Planungsbehörden mit personellen

140 Ressourcen stärken. In einigen Kommunen tragen große Landesliegenschaften - wie  
141 Campus-Areale von Universitäten und Universitätsklinika - einen erheblichen  
142 Anteil des Wärmebedarfs bei. Hier wollen wir in Abstimmung mit den Kommunen  
143 Dekarbonisierungskonzepte erarbeiten, die Quellen zur erneuerbaren  
144 Wärmeerzeugung auf Landesflächen erschließen und die Potentiale einer Anbindung  
145 der Landesliegenschaften an kommunale Wärmenetze prüfen.

146 Bei der zentralen Wärmeversorgung haben wir in Baden-Württemberg einen Trumpf im  
147 Ärmel, den wir nutzen müssen: die tiefe Geothermie vor allem am Oberrheingraben  
148 und in Oberschwaben. Erste Projekte laufen bereits, um diese Wärmequelle zu  
149 nutzen. Dabei ist klar: Große Infrastrukturvorhaben wie Tiefbohrungen lassen  
150 sich nicht von heute auf morgen umsetzen. Gute und verlässliche Kommunikation  
151 und Information sind bei solchen langfristigen Vorhaben unerlässlich. Um das  
152 große Potenzial der Geothermie für eine klimaneutrale Wärmeversorgung besser zu  
153 nutzen, setzen wir uns ein für einen verlässlichen rechtlichen Rahmen,  
154 durchdachte Planungen und klare Versicherungsregelungen.

155 Bei der klimaneutralen Wärmeversorgung kommt innovativen Projekten zunehmend  
156 eine wichtigere Rolle zu. So gibt es in verschiedenen Kommunen bereits positive  
157 Erfahrungen mit der Nutzung von Abwärme aus Kläranlagen oder großen  
158 Umweltwärmepumpen - beispielsweise Flusswärmepumpen. Solche Projekte wollen wir  
159 flächendeckend, in großen und kleineren Kommunen umsetzen.

### 160 **Ausbau der Erneuerbaren Energien**

161 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat uns unsere  
162 Abhängigkeit von fossilen Energieträgern drastisch vor Augen geführt. Sowohl auf  
163 Bundes- als auch auf Landesebene haben wir daraufhin ein ganzes Bündel an  
164 Maßnahmen auf den Weg gebracht, um unsere Abhängigkeit von Energieimporten zu  
165 reduzieren. Diese Anstrengungen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen wir  
166 weiter vorantreiben. So soll künftig bei der Vergabe von Staatswaldflächen für  
167 die Windkraft eine engere Abstimmung zwischen Forst BW und den örtlichen  
168 Kommunen stattfinden. Zudem müssen die Pachtpreise von Forst BW so gestaltet  
169 sein, dass Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich nicht schlechter dasteht  
170 und Baden-Württemberg für Projektierer\*innen zum attraktiven Standort wird.  
171 Ebenso setzen wir uns ein für eine stärkere Berücksichtigung von  
172 Bürgerenergiegenossenschaften bei der Vergabe von Staatswaldflächen, um die  
173 Akzeptanz der Projekte so zu erhöhen.

174 Unseren Kommunen kommt beim Ausbau der Erneuerbaren Energien eine Schlüsselrolle  
175 zu. Zum einen wollen wir bestehende kommunale Gebäude und Parkplätze stärker für  
176 Photovoltaik nutzen, so sollen bis 2040 alle kommunalen Gebäude und Parkplätze  
177 mit Photovoltaik ausgestattet sein und zum anderen müssen wir die  
178 Flächenausweisung für Wind und Freiflächen-Photovoltaik über die  
179 Flächennutzungs- und Regionalplanung weiter vorantreiben. Landesweit sollen für  
180 Wind mindestens zwei Prozent und für Freiflächen-Photovoltaik mindestens ein  
181 Prozent der Fläche ausgewiesen werden. Damit ausreichend Flächen für den Ausbau  
182 der Erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen, ist es notwendig, dass die  
183 Kommunen verstärkt in die planerische Sicherung der Flächenausweisung  
184 einsteigen.

185 Zudem wollen wir, dass Kommunen Spielräume beispielsweise über Bebauungspläne  
186 nutzen, um weitgehendere Anforderungen an den Bau von Gebäuden im Hinblick auf  
187 Klimaschutz und Klimawandelanpassung festzusetzen, insbesondere was die Nutzung  
188 von Photovoltaik oder den Anschluss und die Benutzung von Wärmenetzen anbelangt.

189 Zahlreiche Kommunen haben in der Vergangenheit positive Erfahrungen mit  
190 kommunalen Förderprogrammen zu Balkon-Photovoltaik gemacht. Dies wollen wir auch  
191 in weiteren Kommunen zur Nachahmung anregen. Über Bündelausschreibungen, zum  
192 Beispiel für Photovoltaik, können Kommunen ihre Bürger\*innen hinsichtlich  
193 organisatorischer und bürokratischer Hürden bei der Planung und Installation von  
194 Anlagen entlasten.

195 Es gibt in Baden-Württemberg zahlreiche Bioenergiedörfer, die mindestens 50  
196 Prozent des Stroms und der Wärme aus erneuerbaren Quellen vor Ort erzeugen und  
197 verbrauchen. Viele dieser Kommunen erzeugen inzwischen sogar mehr Strom und  
198 Wärme, als sie vor Ort verbrauchen. Sie unterstützen mit diesem Überschuss ihre  
199 kommunalen Nachbar\*innen und zeigen, wie in Baden-Württemberg Städte und  
200 Gemeinden Hand in Hand arbeiten.

201 Finanzschwache Kommunen wollen wir stärker vernetzen und interkommunale  
202 Zusammenarbeit erleichtern – beispielsweise beim sogenannten Energie-  
203 Contracting, bei dem Energieeffizienzmaßnahmen durch einen Energiedienstleister  
204 umgesetzt werden, bei der Berufung von Klimamanager\*innen oder dem Einrichten  
205 von Beratungsangeboten.

### 206 ***Neue Mobilität für Mensch und Klima***

207 In unserer grünen Kommune von morgen können die Menschen beispielsweise auf  
208 Carsharing oder Mitfahrgelegenheiten zurückgreifen oder den Weg zur Arbeit oder  
209 zum Lebensmittelladen gleich mit Bahn, Bus, Rad oder zu Fuß zurücklegen. Damit  
210 wird nicht nur das Klima geschützt, auch nachteilige Effekte des Autoverkehrs  
211 durch Lärm und Abgase auf Gesundheit und Lebensqualität werden vermindert.

212 Baden-Württemberg ist in Sachen Verkehrswende in vielerlei Hinsicht vorbildlich:  
213 Kein anderes Land packt die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken so  
214 systematisch an, schafft immer mehr Regiobus-Linien für die ländlichen Räume,  
215 baut Radwege entlang von Landesstraßen aus und fördert den Bau komfortabler  
216 Radschnellwege für längere Distanzen. Unser Land hat begonnen, den  
217 Tarifdschungel im öffentlichen Nahverkehr zu lichten, lange bevor es das  
218 Deutschlandticket gab. Heute fahren so viele Züge wie nie zuvor und bedienen  
219 zunehmend auch Tagesrandlagen und Wochenenden. Immer mehr Züge fahren  
220 elektrisch, emittieren dadurch kein CO<sub>2</sub> mehr und machen weniger Lärm. Auch beim  
221 Busverkehr sollen klimafreundliche Antriebstechnologien stärker gefördert  
222 werden.

223 Wir setzen die im Koalitionsvertrag vereinbarte Mobilitätsgarantie, die auch in  
224 kleineren Orten von früh morgens bis spät abends öffentliche Nahverkehrsangebote  
225 vorsieht, um. Auf kommunaler Ebene setzen wir uns dafür ein, dass die  
226 Bürger\*innen in möglichst vielen Orten durch die Einführung eines  
227 Mobilitätspasses von einem umlagefinanzierten Nahverkehr profitieren. Dabei  
228 achten wir auf die Barrierefreiheit der Angebote. Auf kommunaler Ebene  
229 unterstützen wir die Einrichtung von Einrichtung von Bürgerbuslinien und  
230 Bürgerrufautos.

231 Vom Bund kommen einige positive Impulse: Das Deutschlandticket sowie unser in  
232 Baden-Württemberg eingeführtes vergünstigtes Deutschlandticket für junge  
233 Menschen ermöglicht es in unseren baden-württembergischen Kommunen,  
234 unkompliziert und deutlich preiswerter Bus und Bahn zu nutzen. Auf Bundes- und  
235 Landesebene muss die Weiterfinanzierung des Deutschlandtickets sichergestellt  
236 werden. Darüber hinaus müssen die Regionalisierungsmittel weiter erhöht werden,  
237 um den regionalen Schienenverkehr der Länder finanziell abzusichern und weitere

238 Angebotsverbesserungen umsetzen zu können. Radverkehrsmittel für sichere Wege  
239 sollten auf höherem Niveau verstetigt werden.

240 Da über 40 Prozent aller Autofahrten auf Kurzstrecken stattfinden, sehen wir ein  
241 erhebliches Verlagerungspotential zugunsten des Fahrrads. Daher setzen wir uns  
242 insbesondere ein für den Ausbau von Radwegen, für sichere und komfortable  
243 Radabstellanlagen sowie für eine verbesserte und einheitliche  
244 Radinfrastrukturbeschilderung und -beleuchtung. Mit dem Förderprogramm des  
245 Landes Baden-Württemberg sollen bis 2027 etwa 600 Kilometer neue Radwege in  
246 kommunaler Baulast gebaut werden.

247 Um die Geschwindigkeiten in den Ortsdurchfahrten zu reduzieren, den  
248 Verkehrsfluss zu verstetigen und die Verkehrssicherheit zu verbessern, sollten  
249 Kommunen eigenständig über Tempo 30 innerorts und über die Ausweisung von  
250 Fahrradstraßen entscheiden können. Wir drängen darauf, dass sich der Bund mit  
251 den Ländern endlich auf eine wirkliche Reform des Straßenverkehrsrechts  
252 zugunsten von Städtebau, Klimaschutz und sicherem Fuß- und Radverkehr  
253 verständigt. Vor Ort nutzen wir die Spielräume bereits vielfältig und bauen  
254 Busangebote aus – auch über Landkreisgrenzen – und reduzieren Reisezeiten durch  
255 Vorrangregelungen für Busse an Ampeln, treiben den Ausbau von barrierearmem und  
256 sicherem Fußverkehr voran, ebenso die Ausweisung von verkehrsberuhigten Zonen.  
257 In den Kommunen stärken wir den Anteil von klimaneutralen Verkehrsträgern durch  
258 die Einrichtung von Mobilitätsstationen, bei denen Bahn- und Buslinien, sowie  
259 Fahrradwege und Carsharing-Angebote an einem Ort zusammengeführt werden.

260 Selbstverständlich wissen wir auch, dass das Auto insbesondere in unseren  
261 Kommunen in den ländlichen Räumen nicht für alle verzichtbar ist. Hier setzen  
262 wir auf alternative Antriebe und bauen die elektrische Lade-Infrastruktur in der  
263 Fläche aus. In Städten wie in den Dörfern können Autos vermehrt gemeinsam –  
264 durch Mitfahrgemeinschaften oder Carsharing – genutzt werden.

265 Im Bereich des Logistikverkehrs wollen wir in den Kommunen Alternativen zum LKW-  
266 Transport stärken, indem wir den Einsatz von Lastenrädern und neue  
267 Verteilkonzepte wie Cityhubs vorantreiben.

### 268 ***Ernährung, Land- und Forstwirtschaft – Bewahren, 269 was uns und unser Klima schützt***

270 Kommunen sind wichtige Räume für Land- und Forstwirtschaft. Regionale Kreisläufe  
271 und ein enger Bezug zwischen Bürger\*innen als Konsument\*innen und den  
272 erzeugenden Landwirt\*innen ist uns ebenso wichtig wie eine Stärkung des Beitrags  
273 der Land- und Forstwirtschaft für Klimaanpassung und Klimaschutz.

274 Seit 2011 gibt es in Baden-Württemberg ein Grünlandumwandlungsverbot, welches  
275 die Umwandlung von Dauergrünland für andere landwirtschaftliche Nutzungen  
276 weitestgehend verhindert. Zudem stärkt die Landesregierung mit dem  
277 Förderprogramm FAKT II bereits heute die Biodiversität, den Klimaschutz und das  
278 Tierwohl innerhalb der Landwirtschaft.

279 Auf Landesebene setzen wir uns ein für eine Reduktion der Ausbringung von  
280 Stickstoffdünger, wobei die landwirtschaftlichen Betriebe bei der Umstellung hin  
281 zu klimaverträglicheren Düngern niederschwellige Hilfestellungen seitens der  
282 Politik erhalten. Zudem machen wir uns dafür stark, dass bei der Verpachtung  
283 kommunaler landwirtschaftlicher Flächen konsequent die Auswirkungen auf Klima  
284 und Biodiversität berücksichtigt werden. Auch soll seitens der Kommune

285 regenerative Landwirtschaft finanziell gefördert werden. Diese verfolgt das Ziel  
286 mithilfe von Humusaufbau, CO<sub>2</sub> aus der Luft im Boden zu binden.

287 Als natürliche Kohlenstoffsенke kommt dem Moorschutz eine zentrale Funktion beim  
288 Klimaschutz und der Klimawandelanpassung zu. Es soll eine landesweite  
289 Moorschutzstrategie entwickelt werden, um beispielsweise bereits trockengelegte  
290 Moore wieder zu vernässen und den Ankauf weiterer Flächen für den Moorschutz  
291 durch das Land voranzutreiben. Des Weiteren sehen wir die Freiflächen-  
292 Photovoltaik als wichtige Chance, Landwirtschaft und Erneuerbare Energien im  
293 Rahmen einer Doppelnutzung zu vereinen. Wir unterstützen weiterhin die  
294 Etablierung der sogenannten Agri-Photovoltaik, um dort, wo es Potenziale gibt,  
295 die "doppelte Ernte" einzufahren – Tier- und Pflanzenschutz durch Verschattung  
296 von Acker- und Weidefläche bei gleichzeitiger Erzeugung von Erneuerbarem Strom.

297 Wir wollen die negativen Klimaauswirkungen unserer Ernährung senken und daher  
298 die Versorgung mit regional und biologisch erzeugten Lebensmitteln landesweit  
299 erleichtern. Die Bio-Musterregionen haben sich für eine starke ökologische  
300 Landwirtschaft entlang regionaler Wertschöpfungsketten bewährt – der ökologische  
301 Landbau ist Vorreiter in der Klimawandelanpassung. Eine Instrument, um die  
302 Außerhausverpflegung in Restaurants, Pflegeheimen, JVAen, Kantinen, Schulen &  
303 KiTas flächendeckend mit regionalen und Bio-Lebensmitteln abzudecken und damit  
304 unnötige Transportkosten zu vermeiden und die regionale Landwirtschaft zu  
305 stärken, ist es, Anbieter\*innen und Abnehmer\*innen in der Region über Online-  
306 Plattformen zusammenbringen.

### 307 ***Die Kommunalverwaltung als Vorbild in Sachen*** 308 ***Klimaschutz***

309 Beim Klimaschutz kommt unseren Kommunen eine Vorbildfunktion zu. Die  
310 ambitionierten Zielsetzungen aus dem Klimaschutz- und  
311 Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg wollen wir auch auf kommunaler  
312 Ebene mit Leben füllen. So sollen beispielsweise Kommunen ein verpflichtendes  
313 kommunales Klimaschutzkonzept vorlegen, das den Weg zur Klimaneutralität bis  
314 spätestens 2040 beschreibt. Wir setzen uns dafür ein, dass perspektivisch alle  
315 Kommunen dem Klimaschutzpakt mit dem Land beitreten und damit von attraktiven  
316 Förderkonditionen profitieren. Wir prüfen die Regelungen für mehr Klimaschutz,  
317 die wir für die Landesverwaltung festgeschrieben haben, auch für eine Umsetzung  
318 in den Kommunen. Dazu zählen unter anderem die kommunale Einführung eines CO<sub>2</sub>-  
319 Schattenpreises, die stärkere Nutzung von kommunalen Flächen für den Ausbau der  
320 Erneuerbaren Energien sowie die Einführung eines Klima-Checks für  
321 Gemeinderatsvorlagen. Innerhalb der Kommunen setzen wir uns dafür ein, dass die  
322 öffentliche Hand die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen an Aspekten  
323 der Nachhaltigkeit und Energieeffizienz ausrichtet.

324 Wir wollen die finanzielle Unterstützung unserer Kommunen beim Klimaschutz  
325 verstetigen, um das Ziel Nettotreibhausgasneutralität bis 2040 zu erreichen. Im  
326 Land werden wir prüfen, inwiefern das Bekenntnis der Kommunen zum Klimaziel 2040  
327 als Voraussetzung für Förderprogramme des Landes verankert werden kann und  
328 inwiefern Modellkommunen mit noch ambitionierteren Zielen besondere  
329 Unterstützung erhalten. Zudem wollen wir einen stärkeren Fokus auf jene Kommunen  
330 legen, die beim Klimaschutz bislang weniger aktiv sind.

331 Um Klimaschutz auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen, wollen wir  
332 Informations- und Beratungsangebote der Kommunen weiter stärken, um Bürger\*innen  
333 eine unkomplizierte Anlaufstation für Fragen rund um Klimaschutzmaßnahmen und

334 die Energiewende anzubieten. Die vom Land geschaffene KEA, die Klimaschutz- und  
335 Energieagentur, ist hierbei durch ihre umfassende und individuelle Beratung eine  
336 wichtige Stütze für unsere Kommunen. Indem Kommunen die Gründung von  
337 Bürgerenergiegesellschaften fördern, wird über eine wirtschaftliche Teilhabe von  
338 Bürger\*innen auch die gesamtgesellschaftliche Unterstützung der Energiewende  
339 gestärkt. Wichtig bleibt aber, Bürger\*innen bei geplanten Projekten frühzeitig  
340 zu informieren und einzubeziehen, sowie politische Entscheidungen transparent zu  
341 gestalten. Dazu tragen vor Ort auch Formate wie das Forum Energiedialog des  
342 Umweltministeriums bei. Als weiteres wichtiges Partizipationsinstrument wollen  
343 wir die vom Land bisher schon geförderten Klimadialoge, beispielsweise in  
344 Schöckingen, ausdehnen. Vor Ort setzen wir uns ein für die Einrichtung von  
345 Klimabeiräten und den Austausch mit Vereinen und Verbänden.

### 346 ***Mit reformierter Abfallwirtschaft*** 347 ***Treibhausgasemissionen reduzieren***

348 Die Erfolge in der Reduzierung der Treibhausgase in der Abfallwirtschaft sind im  
349 besonderen Maße dem Engagement von Kommunen zu verdanken. So konnten die CO<sub>2</sub>-  
350 Emissionen der Abfallwirtschaft zwischen 1990 und 2018 um über 75 Prozent  
351 gesenkt werden, da heutzutage deutlich weniger Siedlungsabfälle deponiert  
352 werden.

353 Primäres Ziel der Abfallwirtschaft muss die Abfallvermeidung sein. Die  
354 Einführung einer Verpackungssteuer und die Vermeidung von Abfällen bei  
355 Veranstaltungen sind hierfür wirkungsvolle Instrumente.

356 Wo Abfallvermeidung nicht gelingt, ist für die Kreislaufwirtschaft eine gute  
357 Trennung der unterschiedlichen Materialien entscheidend, um den anfallenden  
358 Abfall bestmöglich als Wertstoff weiternutzen zu können. Das ist der Fall, wenn  
359 die sortenreine Müllfassung möglichst komfortabel gestaltet wird, zum Beispiel  
360 durch eine haushaltsnahe Erfassung möglichst vieler Wertstoffe oder durch eine  
361 flächendeckende Versorgung mit Abfalltonnen. Auch eine höhere Dichte an  
362 Recyclinghöfen hilft bei der getrennten Erfassung von Wertstoffen. Dadurch  
363 gelangt möglichst wenig Restabfall in Müllverbrennungsanlagen, die nur unter  
364 Beachtung höchster Umweltstandards laufen sollten. Mindestkriterium bei  
365 Müllverbrennungsanlagen ist die Weiterverwendung von durch die Verbrennung  
366 entstandener Energie, der Abwärme und der Schlacke. Auf Landesebene machen wir  
367 uns dafür stark, dass Bioabfälle verpflichtend einer Mehrfachnutzung zugeführt  
368 werden, zum Beispiel in Form von kombinierten Kompostierungs- und  
369 Vergärungsanlagen. Wir fördern zudem aktiv die Entwicklung unserer Kommunen hin  
370 zur „Zero Waste“-Kommune beziehungsweise zur „plastikfreien Stadt“ durch  
371 Unterstützung bei der Konzepterstellung und -umsetzung der Abfallvermeidung,  
372 beziehungsweise des konsequenten Abfallrecyclings. Insgesamt setzen wir uns auf  
373 Bundesebene für ein komplettes Verbot von Müllexporten ins Ausland ein, da die  
374 Praxis weder sozial noch ökologisch vertretbar ist.

### 375 ***Klimaschutz in der Kommune: eine Aufgabe von Gewerbe und*** 376 ***Handel***

377 Der Einzelhandel und das Gewerbe haben unsere Städte und Gemeinden geprägt.  
378 Mittelalterliche Märkte und Handwerksgassen gliedern noch heute architektonisch  
379 viele Dörfer und Innenstädte in Baden-Württemberg. Die klimagerechte Kommune der  
380 Zukunft schließt an diese kompakte historische Ortsplanung an. Denn zur  
381 klimafreundlichen Kommune der kurzen Wege gehören Bäckereien, Apotheken und  
382 Lebensmittelgeschäfte in Lauf- und Radelweite, sowie innerörtliche Märkte mit



383 regionalem Obst und Gemüse und eine räumliche Nähe von Wohnen und Arbeiten, die  
384 Autofahrten überflüssig macht.

385 Wir sehen die Herausforderungen, vor denen Einzelhandel, Familienbetriebe und  
386 kleine und mittlere Unternehmen heute stehen. Eine zukunftsorientierte  
387 Kommunalpolitik setzt deswegen auf Dörfer und Städte mit Aufenthaltsqualität –  
388 und auf mutige Menschen, die sich trauen und dabei unterstützt werden, in  
389 unseren Kommunen neue Konzepte umzusetzen. Egal ob es ein Hofladen, ein von  
390 einer örtlichen Initiative betriebener Dorfladen oder ein Start-up in der Stadt  
391 ist: Sie alle sind Teil der Vision der kurzen Wege und verdienen und benötigen  
392 unsere Unterstützung. In ländlichen Räumen fördern wir mit LEADER und dem  
393 Entwicklungsprogramm ländlicher Raum innovative Vorhaben.

394 Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch einzudämmen, um die grüne Lunge der  
395 Kommunen zu erhalten, und zugleich lebendige begrünte Städte und Gemeinden zu  
396 erhalten – mit hoher Aufenthaltsqualität, attraktiv für Menschen, die zu Fuß  
397 gehen und mit dem Rad fahren. Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen ihre  
398 wirtschaftliche Ansiedlungspolitik klimafreundlich und nachhaltig gestalten. Das  
399 bedeutet insbesondere auch, den Flächenverbrauch im Blick zu haben.  
400 Gewerbegebiete machen vielerorts einen großen Teil des versiegelten und bebauten  
401 Raums aus, auch hier können nachhaltige bauliche Lösungen zum Schutz und der  
402 Förderung unseres Klimas gefunden werden. Interkommunale Gewerbegebiete können  
403 hier ebenso wie innerörtliche Entwicklungen eine wichtige Rolle spielen. Der  
404 Leerstand von innerörtlichen Gewerbebauten muss angegangen und mit nachhaltigen  
405 baulichen Konzepten bespielt werden, bevor neue Gebiete an der Peripherie auf  
406 bisher unversiegelten Flächen ausgewiesen werden. Das weiterentwickelte  
407 Förderprogramm des Landes "Fläche gewinnen durch Innenentwicklung" treibt  
408 flächeneffiziente Nutzung und Neuausrichtung von Gewerbe- und Industriegebieten  
409 auf kommunaler Ebene voran.

410 Ein modernes Gewerbegebiet ist baulich, ökologisch und sozial nachhaltig. Das  
411 fängt an bei der Infrastruktur und der Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr  
412 und dem Vorhandensein von Fahrradstellplätzen, Carsharing-Angeboten und E-  
413 Ladestationen. Es geht über Vorgaben für energieeffiziente Gebäude und  
414 Regenwassermanagement, bis zur Verbindung von Arbeit, Wohnen und  
415 Kinderbetreuung. In Gewerbegebieten stehen Grünräume zur Verschattung zur  
416 Verfügung, Dächer und Fassaden sind begrünt und werden für solare  
417 Energieerzeugung genutzt. Klimapositive Elemente steigern die  
418 Standortattraktivität für Unternehmen und Arbeitnehmer\*innen und damit die  
419 Aufenthaltsqualität für alle Nutzer\*innen.

420 Die lokale Verankerung von Kreislaufwirtschaft und die Stärkung von  
421 Tauschkonzepten dient der Klimafreundlichkeit von Kommunen. Deshalb fördern wir  
422 in den Kommunen beispielsweise Angebote, die die gemeinschaftliche Nutzung von  
423 Gütern ermöglichen, und die Einrichtung von Repair-Cafés.

### 424 3. **Klimaanpassung in der grünen Kommune von** 425 **(und für) morgen**

426  
427 Wir haben in den letzten Jahren erlebt, was es bedeutet, dass sich unser Klima  
428 verändert. So nehmen Starkregenereignisse, Hitzetage von über 30 Grad und  
429 Dürreereignisse zu. Wir tun alles dafür, unsere Klimaziele zu erreichen und  
430 dabei Vorkehrungen zu treffen, um die Gesellschaft und unser aller Lebensraum

431 vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen. Trotzdem müssen wir uns auf  
432 ein verändertes Klima einstellen. Die grüne Kommune der Zukunft ist eine  
433 Kommune, die bei der Stadt- und Raumplanung, beim Wassermanagement und beim  
434 Hitzeschutz vorangeht – um Gesundheit und Lebensqualität für alle Bürger\*innen  
435 sicherzustellen. Den Rahmen dafür setzt unsere landesweite  
436 Klimawandelanpassungsstrategie mit ihren über hundert Maßnahmen.

### 437 ***Mit unserer landesweiten Klimawandelanpassungsstrategie ins*** 438 ***Handeln kommen***

439 Klimaanpassung ist ein Thema von fortwährender Bedeutung für die Landespolitik.  
440 So wurde die neueste Fortschreibung der landesweiten  
441 Klimawandelanpassungsstrategie im Juli 2023 veröffentlicht. Die Strategie stellt  
442 die Risiken des Klimawandels in Baden-Württemberg dar und leitet daraus mögliche  
443 Anpassungsmaßnahmen ab. In Monitoringberichten werden die aktuelle Entwicklung  
444 und der Umsetzungsstand dieser Maßnahmen beschrieben.

445 Um konkrete Maßnahmen zur Klimaanpassung in unseren Kommunen umzusetzen,  
446 unterstützt das Land mit Forschungs- und Förderprogrammen. Ein Beispiel ist die  
447 Förderrichtlinie KLIMOPASS. Kommunen können Hitzeaktionspläne erstellen und  
448 durch Entsiegelung und Ortsbegrünung das lokale Mikroklima verbessern. Weitere  
449 Handlungsfelder sind beispielsweise die Entsiegelung von Flächen, um die  
450 vermehrt auftretende Hitzebelastung zu reduzieren und um die Versickerung bei  
451 Starkregenereignissen zu erleichtern, aber auch die Renaturalisierung von  
452 Fließgewässern, um deren Schutzfunktion zum Erhalt der Biodiversität und der  
453 Anpassung an den Klimawandel zu stärken. Mit dem Klimaanpassungsgesetz auf  
454 Bundesebene wollen wir die Erstellung von Klimaanpassungskonzepten für Kommunen  
455 und Landkreise verpflichtend machen.

456  
457 Die dramatischen Folgen der Klimaerwärmung treffen zuerst und am stärksten die  
458 Menschen, die bereits jetzt über weniger sozioökonomische Ressourcen verfügen.  
459 Mit seinen Extremwetterereignissen und gestiegenen Lebensmittelpreisen wird sie  
460 vor allem die Gesundheit und Existenz von bereits vulnerablen und sozial  
461 schwachen Personen treffen. Es ist daher unsere Aufgabe, insbesondere auch auf  
462 kommunaler Ebene, den Schutz besonders vulnerabler und sozial schwacher  
463 Bevölkerungsgruppen  
464 sicherzustellen.

### 465 ***Klimaangepasste Stadt- und Raumplanung in unseren Kommunen***

466 Einer nachhaltigen Stadt- und Raumplanung kommt beim Umgang mit Klimafolgen eine  
467 Schlüsselrolle zu. Frischluftschneisen müssen konsequent und unabhängig von  
468 Bebauung gewährleistet sein, Überflutungsflächen, Abflussmöglichkeiten in  
469 versiegelten Gebieten und Kaltluftentstehungsgebiete müssen erhalten, entwickelt  
470 und ausgebaut werden. Wir setzen uns deswegen auf kommunaler Ebene dafür ein, in  
471 Flächennutzungs-, Landschafts- und Bebauungsplänen stadt- und lokalklimatischen  
472 Aspekten höchste Priorität einzuräumen. Auch eine stärkere Verschattung von  
473 Fassaden und Infrastruktureinrichtungen wie etwa Geh- und Radwegen muss künftig  
474 bereits bei der Planung mitgedacht werden. Durch eine helle Farbgebung von  
475 Gebäuden und des Straßenraums kann der sogenannte Albedo- oder Rückstrahlungs-  
476 Effekt genutzt und die Bildung von innerörtlichen Hitzeinseln abgemildert  
477 werden, da Hitze dadurch weniger gespeichert wird

### 478 ***Öffentliches Grün, Naturschutz & Biodiversität***

479 Konkret heißt das: Wir Grüne wollen in den Kommunen dafür sorgen, dass  
480 Grünflächen erhalten und konsequent weiterentwickelt werden. Das leistet auch

481 einen Beitrag zur biologischen Vielfalt. Kommunal sind bei der Umsetzung von  
482 Bebauungsplänen der Erhalt und die Entwicklung von Grünflächen sowie  
483 Pflanzvorgaben konsequent einzuhalten. Hitze-“Hotspots” in Innenorten und in  
484 verdichteten Siedlungsgebieten wollen wir außerdem durch intensive Begrünung,  
485 sowie Brunnen und Wasserelemente klimatisch entlasten. Wo Nachverdichtungen  
486 unausweichlich sind, streben wir eine “doppelte Innenentwicklung” für  
487 ausreichend Grünstrukturen und klimatische Abkühlung an. Wo immer möglich, sind  
488 asphaltierte Flächen zu entsiegeln und zu begrünen. Kommunen können  
489 Entsiegelungspotentiale, beispielsweise im Bereich des ruhenden Verkehrs oder  
490 auch in Innenhöfen und entlang überdimensionierter Straßen konsequent nutzen, um  
491 zusätzliche Grünstrukturen zu schaffen. Auch private Fassaden-, Hof- und  
492 Dachbegrünungen sollen durch die Kommunen finanziell gefördert werden. Weitere  
493 Maßnahmen für die Verbesserung klimatischer Bedingungen sind die konsequente  
494 Begrünung von Gleistrassen und die Beschattung von öffentlichen Plätzen, Wegen  
495 und Gebäuden, beispielsweise durch die Pflanzung klimaangepasster Baum- und  
496 Pflanzenarten. Auch ein klimaangepasstes Straßenbegleitgrün trägt zur Absenkung  
497 der Hitzebelastung und gleichzeitig zur biologischen Vielfalt bei.

498 In den Kommunen wollen wir Begrünungsmaßnahmen grundsätzlich so ausrichten, dass  
499 sie mit einer Stärkung des Biotopverbunds einhergehen. Dabei muss der  
500 Naturschutz die Folgen des Klimawandels gezielt berücksichtigen. So müssen  
501 Pflegemaßnahmen in Schutzgebieten auf den Schutzzweck hin überprüft und  
502 gegebenenfalls an die veränderten klimatischen Bedingungen angepasst werden. Das  
503 Monitoring von Arten sollte gezielt auch Klimafolgen in den Blick nehmen, um mit  
504 geeigneten Artenschutzmaßnahmen gegensteuern zu können. Auf kommunaler Ebene  
505 setzen wir uns dafür ein, dass Lebensräume wie Feuchtgebiete, Streuobstwiesen  
506 und Moore, die besonders stark durch den Klimawandel gefährdet sind, durch eine  
507 angepasste Regulierung des Wasserhaushalts vor Austrocknung bewahrt werden.

#### 508 ***Widerstandskraft unseres Waldes erhöhen und Landwirtschaft*** 509 ***klimawandelresilient machen***

510 Die Folgen des Klimawandels führen in unseren Wäldern zu gravierenden  
511 Veränderungen, häufig in Form von Baumschäden, Baumkrankheiten und flächigem  
512 Absterben einzelner Baumarten. Kommunale Masterpläne für eine nachhaltige und  
513 klimaangepasste Waldwirtschaft können langfristige Lösungsansätze aufzeigen, um  
514 durch eine sukzessive Veränderung der Baumartenzusammensetzung klimastabile  
515 Waldbestände zu entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass kommunale Wälder weg  
516 von Monokulturen und hin zu strukturreichen Mischwäldern entwickelt werden. Die  
517 Baumartenwahl darf dabei nicht primär nach wirtschaftlichen Kriterien erfolgen,  
518 vor allem Standortgerechtigkeit und damit einhergehend die Klimastabilität und  
519 Vitalität einer Baumart muss maßgebliches Kriterium sein. Auch  
520 Privatwaldbesitzer\*innen müssen bei dieser Entwicklung transparent informiert  
521 und begleitet werden, da gut ein Drittel der Forstflächen in Baden-Württemberg  
522 in privater Hand sind. Durch Pflanzung und Pflege von Mikro-Wäldern und Pocket-  
523 Parks oder Miniatur-Grünräumen können waldähnliche Strukturen auch in  
524 Siedlungsgebieten kleinklimatische Wirkung entfalten. Angesichts der zunehmenden  
525 Waldbrandgefahr während Hitze- und Trockenperioden wollen wir in den Kommunen  
526 die Bevölkerung stärker für diese insbesondere gesundheitliche Gefahr  
527 sensibilisieren. Auch sollte das im Wald tätige Personal mit einer  
528 Grundausstattung zur Waldbrandbekämpfung ausgerüstet sein.

529 Um die Klimaanpassung in der Landwirtschaft voranzubringen, wollen wir auf  
530 kommunaler Ebene über die Gestaltung von Pachtverträgen gezielt auf die

531 Förderung einer naturnahen, ökologischen und klimaangepassten Landwirtschaft  
532 hinwirken. Grünflächen, die als Kaltluftentstehungsgebiete auch für die  
533 Klimaanpassung bedeutsam sind, wollen wir sichern und weiterentwickeln.  
534 Forschungsprojekte zur Klimaanpassung in der Landwirtschaft können durch die  
535 Kommunen unterstützt und begleitet werden. In diesem Zusammenhang sollten auch  
536 Agroforstsysteme, bei denen der Anbau von Ackerfrüchten oder Grünland mit Bäumen  
537 und Sträuchern auf einer Bewirtschaftungsfläche kombiniert werden, als wichtiges  
538 Instrument einer klimaresilienten Landwirtschaft erprobt und durch entsprechende  
539 finanzielle Förderung weiterentwickelt werden.

#### 540 ***Den Wasserhaushalt an klimatische Herausforderungen anpassen***

541 Die Wasserver- und -entsorgung, das Management von Starkregen und der  
542 Hochwasserschutz stellen die Kommunen in Zeiten des Klimawandels vor immer  
543 größere Herausforderungen. Mit der Gründung des Kompetenzzentrums Wasser und  
544 Boden gibt die Landesregierung den Kommunen aktiv Hilfestellung, mit Wasser  
545 nachhaltig umzugehen, ortsplanerisch auf Dürreperioden zu reagieren und  
546 Schutzmaßnahmen vor Extremwetterereignissen zu treffen. Darüber hinaus  
547 unterstützt das Land die Kommunen bei der Entwicklung von Starkregenkarten. Wir  
548 wollen unsere Landesstrategie für eine wassersensible Stadt- und Ortsentwicklung  
549 ausbauen und unsere Hochschulen dabei unterstützen, in diesem Themenbereich ihre  
550 Forschung voranzutreiben.

551 Kommunale Hochwasserschutzpläne und ein umfassendes Starkregenrisikomanagement  
552 sind wichtige Instrumente, um sich auf Risikosituationen angemessen  
553 vorzubereiten. Das an aktuelle Bedarfe angepasste Flutinformations- und  
554 Warnsystem FLIWAS unterstützt Kommunen dabei, Überflutungsrisiken frühzeitig zu  
555 erkennen und angemessen zu reagieren. Darüber hinaus setzen wir uns für eine  
556 Weiterentwicklung der Niedrigwasservorhersage ein.

557 Mit einer Orientierung am Leitbild der Schwammstädte können Quartiere in  
558 Hitzephasen besser gekühlt werden, Niederschlagswasser besser gespeichert und im  
559 Fall von Starkregen Schäden durch Überflutung verhindert werden. Beim  
560 Starkregenmanagement ist die Einrichtung multifunktionaler Flächen, wie sie  
561 beispielsweise tiefergelegte Grün- und Spielanlagen darstellen, sinnvoll. Diese  
562 können dazu beitragen, trotz Flächenknappheit sowohl den Bedarfen der  
563 Anwohner\*innen als auch der Notwendigkeit des Starkregenmanagements zu  
564 entsprechen. In den Kommunen wollen wir naturnahe Überflutungsflächen schaffen,  
565 die gleichzeitig zum Hochwasserschutz und zur Revitalisierung der Gewässer und  
566 ihrer Uferbereiche beitragen.

567 Bei der Wasserversorgung muss der sparsame Umgang mit Trinkwasser noch stärker  
568 in den Fokus rücken. Hier könnte beispielsweise auch die Einführung von  
569 gestaffelten Wasserpreisen eine Option darstellen. Auch den Schutz der  
570 Grundwasservorkommen wollen wir verbessern. Mit effizienten Bewässerungsmethoden  
571 wollen wir den Wasserbedarf in der Landwirtschaft auch in Trockenperioden  
572 begrenzen. Der Masterplan Wasserversorgung, für den perspektivisch aus allen  
573 baden-württembergischen Kommunen Daten vorliegen werden, gibt auf kommunaler  
574 Ebene einen guten Überblick über aktuelle Wasserbedarfe und mögliche  
575 beziehungsweise notwendige Maßnahmen zum Umgang mit der abnehmend zur Verfügung  
576 stehenden Ressource Wasser.

577 Kommunale Kläranlagen können mit Unterstützung des Landes um weitere Klärstufen  
578 weiterentwickelt werden und tragen so zur Verbesserung der Gewässerqualität bei.

579 Wir unterstützen zudem die neue Verordnung der Europäischen Union zur  
580 Entwicklung von Kläranlagen hin zu einer vierten Reinigungsstufe.

581 ***Den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz ausbauen und unsere***  
582 ***Feuerwehren bei wachsenden Herausforderungen unterstützen***

583 Der Klimawandel bringt den Katastrophenschutz und die Feuerwehren durch die  
584 Zunahme von Starkregen- und Hochwasserereignissen sowie Hitze- und  
585 Trockenperioden an ihre Belastungsgrenzen. Deshalb müssen bei  
586 Katastrophenschutzübungen Klimafolgen verstärkt in den Fokus genommen werden.  
587 Die Feuerwehr muss auf die veränderten klimatischen Bedingungen gut vorbereitet  
588 und entsprechend ausgerüstet sein, beispielsweise durch gut ausgerüstete  
589 Tanklöschfahrzeuge oder Rettungsboote für Hochwassereinsätze. Die Ausbildung der  
590 Feuerwehrleute wollen wir an neue Herausforderungen, beispielsweise bei der  
591 Personenrettung in Hochwasserlagen, der sogenannten Strömungsrettung, anpassen.  
592 Die grün-geführte Landesregierung unterstützt die Feuerwehren bei diesen  
593 gewachsenen Aufgaben. So konnten die Feuerwehren in Baden-Württemberg allein im  
594 Jahr 2023 mit rund 70 Millionen Euro für Ausstattung und Personal gefördert  
595 werden.

596 Vorsorgemaßnahmen und Warnsysteme müssen im Hinblick auf den Klimawandel  
597 ausgebaut und die Information der Bevölkerung verbessert werden. Grundsätzliches  
598 Ziel eines modernen Katastrophenschutzes muss sein, dass die Bevölkerung in der  
599 Lage ist, selbst eine möglichst umfassende Vorsorge für Krisenlagen zu betreiben  
600 und Selbstschutzmaßnahmen, beispielsweise durch ausreichende Trinkwasser- und  
601 Nahrungsvorräte, zu treffen. Um die Bevölkerung in unseren Kommunen besser zu  
602 schützen und auf Krisen jeglicher Art bestmöglich vorbereitet zu sein,  
603 unterstützen wir die Einrichtungen von Stabsstellen für Krisenmanagement und  
604 Resilienz. Ziel ist es, alle relevanten Akteure der Kommune und im engen  
605 Austausch mit dem Land zusammen zu bringen und entsprechende Krisen- und  
606 Anpassungspläne sowie Präventionsmaßnahmen zu erarbeiten.

607 Bevölkerungsschutz und Feuerwehren sind immer auch auf ehrenamtliches Engagement  
608 angewiesen. Alleine in Baden-Württemberg engagieren sich 110.000 Bürger\*innen  
609 bei den freiwilligen Feuerwehren. Gerade mit den durch den Klimawandel  
610 einhergehenden Herausforderungen steigt auch die Belastung für die ehrenamtlich  
611 aktiven Bürger\*innen. Wir Grüne wollen daher das Ehrenamt weiter stärken und  
612 Belastungen, beispielsweise durch bürokratische Anforderungen, abbauen. Als  
613 Würdigung für das Ehrenamt erproben wir seit August 2023 in vier Modellregionen  
614 die Ehrenamtskarte, mit der Ehrenamtlich Tätige Ermäßigungen beim Eintritt in  
615 verschiedenen Kultur-, Sport- sowie Bildungseinrichtungen erhalten. Bei Erfolg  
616 soll diese Unterstützung auf das ganze Land ausgeweitet werden.

617 ***Die Gesundheit unser Bürger\*innen schützen***

618 Längere Hitzeperioden sind insbesondere für vulnerable Bevölkerungsgruppen wie  
619 ältere, behinderte oder kranke Menschen, aber auch für kleine Kinder oft mit  
620 gesundheitlichen Belastungen verbunden. Deshalb ist es wichtig, dass  
621 insbesondere größere Kommunen Hitzeaktionspläne erarbeiten, in denen Maßnahmen  
622 und Ablaufpläne zum Umgang mit Hitze und dem Schutz vor Hitze konkret festgelegt  
623 sind. Es gilt, vulnerable Bevölkerungsgruppen und Institutionen rechtzeitig und  
624 zielgerichtet vor Belastungen zu warnen und Hilfesysteme zu etablieren. Auf  
625 kommunaler Ebene wollen wir die Angebote der Nachbarschaftshilfe ausbauen und  
626 stärken, um insbesondere alleinstehenden, älteren, behinderten oder kranken  
627 Personen in Hitzephasen Unterstützung zukommen lassen zu können. Die bereits an

628 vielen Orten stattfindende Nutzung von (digitalen) Anzeigetafeln im öffentlichen  
629 Raum ermöglicht beispielsweise eine schnelle Warnung von Bürger\*innen.

630 Menschen, die in ihrer beruflichen Tätigkeit besonderen Hitzebelastungen  
631 ausgesetzt sind, müssen wir besonders schützen. Wo die Schutzmaßnahmen noch  
632 nicht umgesetzt sind, wirken wir auf Hitzestandards in Pflege- und anderen  
633 hitzesensiblen Einrichtungen hin. Trinkwasserangebote wie öffentliche Brunnen im  
634 öffentlichen Raum sind konsequent auszubauen. Für extreme Hitzeereignisse setzen  
635 wir uns in den Kommunen für die Einrichtung von öffentlichen Abkühlungsräumen  
636 und für die vermehrte Schaffung von Sitzmöglichkeiten im Schatten ein, die  
637 insbesondere vulnerablen Personengruppen bei Hitze entlasten können. Dazu wollen  
638 wir, dass kommunale öffentliche Gebäude standardmäßig mit einem Wärmeschutz  
639 versehen werden. Ein Stadtplan für heiße Tage kann sowohl der Bevölkerung als  
640 auch Besucher\*innen aufzeigen, wo in dem jeweiligen Ort kühle Orte, wie  
641 beispielsweise Bibliotheken, Museen, Grünflächen und Alleen zu finden sind.  
642 Bauliche Maßnahmen wie etwa die Errichtung von Sonnensegeln und verschattenden  
643 Photovoltaikanlagen, eine konsequente Fassaden- und Dachbegrünung,  
644 Verdunstungsanlagen können dazu beitragen, die Hitzebelastung in Städten und  
645 Dörfern zu reduzieren.

646 **Am 9. Juni 2024 wählen die Baden-Württemberger\*innen ihre Vertreter\*innen in den**  
647 **Kreis-, Gemeinde- und Ortschaftsräten, sowie die Mitglieder der**  
648 **Regionalversammlung in der Region Stuttgart. Wir Grüne haben das politische**  
649 **Angebot und die jahrzehntelange politische Erfahrung, Klimaschutz und**  
650 **Klimaanpassung in unseren Kommunen auf eine tragfähige, zukunftsfähige Basis zu**  
651 **stellen. Unsere Grünen und Grün-nahen Rät\*innen wollen und werden ihre Arbeit**  
652 **für lebenswerte, klimafreundliche und wirtschaftsstarke Kommunen gemeinsam mit**  
653 **den Bürger\*innen vor Ort fortsetzen. Deshalb werben wir für das Vertrauen der**  
654 **Baden-Württemberger\*innen: Am 9. Juni 2024 Grün wählen!**

## **V1** Förderung der Gemeinwohlökonomie realisieren

Gremium: LAG Wirtschaft, Finanzen und Soziales  
Beschlussdatum: 15.07.2023  
Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

- 1 Die Landtagsfraktion soll durch eigene Initiativen gegenüber der Regierung
- 2 sicherstellen, dass der in der Koalitionsvereinbarung festgelegte Ausbau der
- 3 Gemeinwohlökonomie zügig realisiert wird.
- 4 Dazu sollen bereits vor dem Doppelhaushalt 2025/26 erste Schritte zur Förderung
- 5 der Gemeinwohlökonomie im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes und zur
- 6 Vorbereitung der Unternehmen auf das neue europäische Nachhaltigkeitsreporting
- 7 (CSRD) realisiert werden.

### **Begründung**

In der Koalitionsvereinbarung 2021 steht in den Kapiteln Finanzen und Wirtschaft:

„Wir wollen Unternehmen bei der Einführung einer Gemeinwohlbilanz unterstützen und diese Initiativen bekannter machen. Als Land wollen wir vorbildhaft vorgehen und nach dem erfolgreichen Pilotprojekt beim Landesbetrieb Forst Baden-Württemberg in weiteren Landesunternehmen eine Gemeinwohlbilanzierung etablieren. Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen mindestens fünf weitere Landesbetriebe und Unternehmen mit Landesbeteiligung folgen.“

„Unternehmen tragen Verantwortung in der Frage, wie sie wirtschaften. Wir möchten sie unterstützen, sich dabei stärker am Gemeinwohl zu orientieren. Hierfür wollen wir das Instrument Gemeinwohlbilanz stärken.

Eine Anlaufstelle für neue Formen des Wirtschaftens soll ein eigenes Förder- und Beratungsprogramm für gemeinwohlabilanzierte Unternehmen und Formen der solidarischen Landwirtschaft entwickeln, um deren Aufbau und Entwicklung zu erleichtern. Für Sozialunternehmen werden wir bessere Finanzierungsinstrumente schaffen. Wir wollen prüfen, inwiefern Unternehmen oder Initiativen, die neue Formen des Wirtschaftens bereits umsetzen, bei Fördermitteln besser berücksichtigt werden können. Mit einem jährlichen Bericht zum Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI) für Baden-Württemberg wollen wir den Fokus vom Bruttoinlandsprodukt auf ein gesamtheitlicheres Wohlfahrtsmaß lenken“.

Mit dem ab 2025 geltenden Europäischen Nachhaltigkeitsreporting (CSRD) werden Erwartungen der GRÜNEN zu gesetzlich verpflichtenden Berichtstandards für große und mittlere Unternehmen zum Teil eingelöst. Die Unterscheidung zu GWÖ-Pionierunternehmen liegt jedoch an der selbst gewählten strategischen gemeinwohlorientierten Gesamtausrichtung auf Menschenwürde, Solidarität, Nachhaltigkeit und Teilhabe. Auf dieser Grundlage werden Unternehmen bewertet als Ausgangspunkt für eine stetige Weiterentwicklung und Optimierung.

Eine spezielle Förderung der Gemeinwohlökonomie ist deshalb als Bestandteil einer ökonomischen, ökologischen und sozialen Transformation weiter erforderlich.

**V2** Junge Listen für zukunftsfähige Politik

Gremium: Grüne Jugend Baden-Württemberg  
 Beschlussdatum: 05.09.2023  
 Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

1 Unsere Grüne Politik wird von der Idee einer Welt, die “wir von unseren Kindern  
 2 nur geliehen haben”, getragen. Grüne Politik wird von dem Gedanken an eine  
 3 lebenswerte und gerechte Zukunft getragen. Eine Zukunft, die für alle gemacht  
 4 ist. Dieser Anspruch verpflichtet auch. Damit eine gerechte Welt für alle  
 5 überhaupt möglich ist, müssen auch möglichst alle an ihrem Aufbau beteiligt  
 6 sein. Denn auch wenn wir in den meisten Fällen die durchschnittlich jüngsten  
 7 oder weiblichsten Fraktionen stellen und bei den Jugendwahlen sowie Umfragen  
 8 unter den U30-jährigen oft als eine der stärksten Parteien hervorgehen, bilden  
 9 unsere kommunalen Listen nicht die Vielfalt unserer Gesellschaft ab. Mit der  
 10 Kommunalwahl 2024 und aufbauend auf das neue Wahlrecht, das nun endlich auch 16-  
 11 und 17-jährigen das passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen zuspricht, haben wir  
 12 jetzt die Chance, diese Lücke zu schließen.

**13 Junge Menschen auf der Liste sind weder Selbstzweck noch Nice-to-have.**

14 Kommunalpolitik ist für viele Menschen der erste Kontaktpunkt mit Politik und  
 15 die Schule der Demokratie, genau deshalb sind hier junge Menschen im Mandat  
 16 besonders wichtig. Mit jungen Rät\*innen können frische Ideen, neue Themen und  
 17 neue Perspektiven in die Fraktion einziehen. Gerade bei Themen, die unmittelbar  
 18 die Lebenswelt junger Menschen betreffen, wie bspw. Bildung, Jugendarbeit,  
 19 Freizeiteinrichtungen und öffentlicher Nahverkehr, auf die gerade auch 16- und  
 20 17-jährige angewiesen sind, bringen junge Menschen eine besondere Expertise  
 21 mit. Durch eine Ausbildung oder ein Studium sind junge Menschen zudem oftmals  
 22 tief in einem bestimmten Fachgebiet verankert und bringen aktuelles Fachwissen  
 23 mit ein.

24 Eine weitere Bereicherung durch junge Menschen auf unseren kommunalen Listen  
 25 sind vielfältige, neue Ansprache- und Kommunikationswege, die unsere Partei und  
 26 unsere Inhalte nahbarer, authentischer und spannender machen. Denn junge  
 27 Rät\*innen fungieren als direkte Ansprechpersonen und Identifikationsfiguren für  
 28 junge Bürger\*innen. Durch zusätzliche Kommunikationswege, wie den Sozialen  
 29 Medien, können Sie alltagsnah über die Ratsarbeit berichten und so insbesondere  
 30 junge Einwohner\*innen effektiv über Ratsarbeit informieren, was zur  
 31 Transparenzsteigerung beiträgt - einem urgrünen Anliegen. Zukunft vor Ort zu  
 32 gestalten heißt auch, die Zukunft der Grünen Listen vor Ort zu sichern. In  
 33 diesem Sinne ist der kontinuierliche Wissenstransfer von erfahrenen  
 34 Kommunalpolitiker\*innen an eine „neue und junge“ Generation überaus wichtig, um  
 35 die kommunalpolitischen Grünen Strukturen langfristig zu sichern und auszubauen.

**37 Lasst uns beweisen, dass wir Zukunft können und ernst meinen.**

38 Das bedeutet einerseits, dass mindestens 20 % der aussichtsreichen Listenplätze  
 39 an junge Menschen gehen. Andererseits ist darauf zu achten, dass die  
 40 vielfältigen Bürger\*innen und ihre Lebensrealitäten aus Stadt und Kreis auch auf  
 41 unseren Listen abgebildet sind. Nicht nur in Worten und Wahlversprechen, sondern  
 42 in Personen und Perspektiven. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, insbesondere  
 43 derjenigen, die die Grünen Listen vor Ort organisieren, aktiv auf diese Menschen



- 44 vor Ort zuzugehen, sie zu ermutigen und sie einzubinden.
- 45 Zukunft vor Ort heißt gemeinsam vor Ort.

**V3** Attraktives kommunalpolitisches Ehrenamt – ein Aufbruch für mehr Vereinbarkeit und Wertschätzung

Gremium: Grüne und Alternative in den Räten (GAR BW)

Beschlussdatum: 14.09.2023

Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

1 Die kommunale Ebene ist zentral wichtig für unsere Demokratie. Ausgestattet mit  
2 den besten Vertrauenswerten aller politischen Ebenen, gestalten ehrenamtliche  
3 Gemeinderät\*innen, Kreisrät\*innen und Regionalrät\*innen ganz konkret unser  
4 nächstes Umfeld. Dafür gilt Ihnen unser aller Respekt und Unterstützung.

5 Dementsprechend wollen wir das kommunalpolitische Mandat für die Ehrenamtlichen  
6 attraktiver gestalten. Unsere Gesellschaft, unsere Art zu arbeiten und zu leben  
7 und auch die Art und Weise, wie das Ehrenamt gelebt wird, hat sich in den  
8 letzten Jahrzehnten deutlich verändert.

9 Es wird also Zeit für einen Aufbruch, um den neuen Bedürfnissen  
10 entgegenzukommen, mehr Menschen für Kommunalpolitik zu begeistern, die  
11 Wahrnehmung des kommunalpolitischen Mandats und vor allem dessen Vereinbarkeit  
12 mit dem privaten und beruflichen Leben zu erleichtern. So können wir auch die  
13 Vielfalt in unseren kommunalen Gremien in ganz Baden-Württemberg und allen  
14 Kommunen, und seien sie noch so unterschiedlich, verbessern.

15 Diese weisen statistisch gesehen einen Mangel an Vielfalt auf. Beispielsweise  
16 sind nur knapp mehr als ein Viertel der Ratsmitglieder weiblich. Doch dies ist  
17 nicht die einzige Gruppe, die nicht ausreichend repräsentiert ist.  
18 Beispielsweise auch Eltern kleinerer Kinder, Menschen mit Behinderungen oder  
19 deren Angehörige, Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen unter 40  
20 Jahren finden sich seltener im Gemeinderat. Mit der Reform des  
21 Kommunalwahlrechts sind wir in Baden-Württemberg absolute Vorreiter in ganz  
22 Deutschland und ermöglichen zukünftig die Kandidatur für alle Wahlberechtigten  
23 ab 16 Jahren. Das ist eine große Chance für die Verjüngung der Räte, die wir nun  
24 mit Leben füllen müssen.

25 In unseren Parteistrukturen unterstützen wir Grüne die Vielfalt in den Räten  
26 unter anderem durch das Vielfaltsprogramm und Maßnahmen der Frauenförderung.

27 Es braucht aber auch strukturelle Veränderungen für die Kommunen, um noch mehr  
28 Menschen für Kommunalpolitik zu begeistern.

29 **Die Zukunft ist digital – hybride Ratssitzungen und Livestreams**

30 Während der Corona-Pandemie haben die Kommunen erneut ihre  
31 Problemlösungsfähigkeit unter Beweis gestellt und haben zügig Möglichkeiten für  
32 digitale Gremiensitzungen geschaffen. Die Möglichkeit, Sitzungen hybrid zu  
33 gestalten, ermöglicht sowohl private als auch berufliche Flexibilität.

34 Wir sollten aus diesen Möglichkeiten lernen und sie weiter ausbauen. Die  
35 technischen Systeme sind vor Ort mehrheitlich schon da. Jetzt gilt es, hybride  
36 Sitzungen rechtssicher zu gestalten. Hier hat das Land Lösungen für den  
37 rechtlichen Rahmen und die Rechtssicherheit zu erarbeiten.

38 Ebenso hat das Land die im Koalitionsvertrag vereinbarte Rechtssicherheit für  
39 die Online-Übertragung von Gemeinderatssitzungen zu konkretisieren und die  
40 Kommunen bei Fragen hierzu zu unterstützen.

41 Im Grundsatz halten wir die Präsenz für die erstrebenswerte Form, in der  
42 mehrheitlich der Sitzungsdienst geleistet werden sollte.

#### 43 **Weniger ist mehr: Für eine Begrenzung der Sitzungszeit und** 44 **Redezeitbeschränkungen**

45 Wir setzen uns vor Ort dafür ein, dass mit der Sitzungszeit verantwortungsvoll  
46 umgegangen wird. Wir ermutigen dazu, in jeder Kommune vor Ort Begrenzungen der  
47 Sitzungszeit festzulegen. Nach 21 Uhr sollten daher nur mit Einstimmigkeit des  
48 Rates neue Tagesordnungspunkte festgelegt werden dürfen.

49 Weiter sprechen wir uns vor Ort und auf die jeweilige Kultur im Rat angepasst  
50 für die Beschränkung der Redezeit, bei Wortbeiträgen sowie bei Haushaltsreden  
51 aus.

#### 52 **Kommunalpolitisches Ehrenamt und Vereinbarkeit mit Care-Arbeit**

53 Viele Interessierte sehen angesichts familiärer Verpflichtungen von der  
54 Kandidatur für ein kommunales Mandat ab. Damit geht sehr viel Expertise für  
55 unsere Gremien verloren. Bezüglich des Ausgleiches von Care-Arbeit, meist  
56 Babysitting, gibt es in den einzelnen Kommunen sehr unterschiedliche  
57 Handhabungen. Wir sind der Überzeugung, dass der beste Weg die Festlegung von  
58 Pauschalen in der Entschädigungssatzung sind und unterstützen unsere  
59 Kommunalpolitikerinnen, diese vor Ort dementsprechend zu ändern.

60 Dabei ist es uns wichtig, dass der gesamte Care-Bereich abgedeckt ist – also  
61 nicht nur die Kinderbetreuung, sondern auch die Betreuung zu pflegender  
62 Angehöriger.

#### 63 **Kommunalpolitisches Ehrenamt und die Anwesenheit – Ein einfacher Tausch**

64 Im Idealfall finden Sitzungen in Präsenz und vor Ort statt. Dies ist aber nicht  
65 immer möglich. Insbesondere in Zeiten, in denen das Ehrenamt wegen Krankheit  
66 oder beruflichen Verpflichtungen dauerhaft nicht in Präsenz stattfinden kann,  
67 bedarf es einer neuen Lösung. Wir setzen uns für einen Prüfauftrag folgenden  
68 Modells ein: Kann eine Rätin /ein Rat absehbar für mehrere Monate nicht in  
69 Präsenz an den Sitzungen teilnehmen, kann sie/er für einen begrenzten Zeitraum  
70 von einem halben Jahr ihr Mandat an die/den jeweilige\*n Nachrücker\*in abgeben.  
71 Kehrt die Rätin/ der Rat zurück, gibt die/der Nachrücker\*in das Mandat wieder  
72 ab.

#### 73 **Attraktivität des Fraktionsvorsitz**

74 Die Arbeit als Fraktionsvorsitzende\*r ist oftmals noch zeitaufwändiger und  
75 intensiver. Neben den Zulagen ist es uns wichtig, Fraktionsvorsitzende  
76 insbesondere bei organisatorischen Aufgaben zu unterstützen. Aufgaben wie die  
77 Terminkoordination, Raumsuche oder schlicht das Verwalten und Verteilen von  
78 Mails und Post sollen zukünftig in Kommunen ab 50 000 Einwohnenden den Anspruch  
79 auf eine Geschäftsstelle haben. Diese ist direkt bei der Kommune angestellt. Der  
80 Umfang dieser Stelle soll vor Ort per Gemeinderatsbeschluss festgelegt werden.

#### 81 **Kommunikation und Berichterstattung stärken**

82 Mit großer Sorge sehen wir die abnehmende Leserschaft und den zunehmenden  
83 ökonomischen Druck auf die Tageszeitungen, der oftmals die Streichungen  
84 innerhalb der Lokalredaktionen oder Streichung von Berichterstattung zur Folge  
85 hat. Über die Tageszeitungen läuft die meiste Berichterstattung über  
86 Kommunalpolitik.

87 Uns ist es wichtig, dass möglichst viele Menschen über die Entscheidungen vor  
88 Ort informiert sind. Deswegen setzen wir uns auf kommunalpolitischer Ebene dort,  
89 wo die Lokalredaktionen nur noch eingeschränkt berichten können, für eine  
90 Vollverteilung des Amtsblatts ein. Dieses soll über kommunalpolitische  
91 Entscheidungen informieren und den Fraktionen Raum für die Darstellung ihrer  
92 Arbeit und ihrer Meinung bieten, aber explizit keinen Zeitungscharakter haben.

### 93 **Schutz vor Hass und Hetze: Wir bleiben dran!**

94 Immer mehr Kommunalpolitiker\*innen im Haupt- wie auch im Ehrenamt sehen sich  
95 Angriffen ausgesetzt. Für ihren Schutz haben wir Grüne schon einiges erreicht.

96 Zukünftig steht auf den Wahllisten nicht mehr die volle Anschrift der  
97 Kandidierenden. Zudem haben wir die bestehende Beratungsstelle für Betroffene im  
98 Landeskriminalamt ausgebaut: neben einer polizeilichen und juristischen Beratung  
99 erhalten jetzt auch Betroffene und ihr enger Familienkreis eine psychosoziale  
100 Erstberatung. Diese soll helfen, die passende Unterstützung zu finden.

101 Mit dem Kabinettsbeschluss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ setzen wir im  
102 Land ein klares Zeichen. Und unterstützen insbesondere auch unsere  
103 Kommunalpolitiker\*innen.

104 Wir werden weiter intensiv an diesem Thema arbeiten und insbesondere im engen  
105 Austausch mit den Betroffenen weitere Bedarfe eruieren.

106 Daher fordern wir eine jährliche Sondersitzung des Kabinettsausschusses speziell  
107 zum Thema „Hass und Hetze gegen Kommunale“. Gemeinsam mit betroffenen haupt- und  
108 ehrenamtlichen Kommunalpolitiker\*innen, den Kommunalen Landesverbänden,  
109 Vertreter\*innen der Landespolitik, der Polizei, sowie wissenschaftlicher  
110 Expertise wollen wir an zusätzlichen Lösungsstrategien und Empowerment arbeiten.

## Begründung

Erfolgt mündlich.